

Redebeitrag

Plenum, 26.01.2018

Programmdekretvorschlag 2018-Dok.218/1-4

-Alain Mertes-

-Es gilt das gesprochene Wort-

Sehr geehrte Damen und Herren,

In meinem heutigen Redebeitrag zum Programmdekretvorschlag möchte ich auf zwei Themen eingehen:

Zum einen auf eine Änderung, welche Kaleido betrifft, siehe Art. 35, zum andern auf die Unterstützungshinweise in Sachen Standortmarketing, siehe Art. 81.

Mit Artikel 35 des vorliegenden Programmdekretvorschlags wird wieder mal eine Personalie geregelt. So ermöglicht dieser Artikel dem Verwaltungsrat von Kaleido, den Direktor des Zentrums vom Ministerium, ohne das Durchführen eines Bewerbungsverfahrens, zu übernehmen.

In der Vergangenheit haben ich schon des Öfteren diese Vorgehensweise kritisiert. Nicht, dass dieser Personaltransfer an sich ein Problem darstellt, aber die allgemeine Vorgehensweise in Sachen Dienstrecht schon, denn zuerst werden komplizierte Ämter und die nötigen Zugangsbedingungen inklusive der Regeln zur Anwerbung in allen Dekreten definiert.

Dann werden unzählige Abänderungen mit den Programmdekreten eingeführt, da diese oder jene Person nun mal den vorher definierten Anforderung nicht entspricht, man diese Person aber gerne in diesem Amt hätte.

Ganz ehrlich, werte Kolleginnen und Kollegen, was soll das?

Entweder erstellt man ein starres Dienstrecht und hält sich daran, mit der Konsequenz, dass man nicht jeden unterbringen kann, den man gerne möchte oder aber man erstellt ein offeneres Dienstrecht, was aber dann auch den Diensten und Einrichtungen mehr Freiheit bei der Personalwahl gewährt und für die Regierung nicht so kontrollierbar ist.

Fraktion im PDG V.o.G.

Ich bin eher für die zweite Version. Dies habe ich in diesem Hause schon oft dargelegt. Weniger Diplomanforderungen und mehr Flexibilität und Entscheidungsmöglichkeiten für die Arbeitgeber. Noch vergangene Woche Donnerstag haben wir im Unterrichtsausschuss darüber debattiert. Menschen ohne Diplom, aber mit viel Berufserfahrung, können beispielsweise genauso wertvolle Arbeitskräfte wie Diplomierte, sein. Oft sind sie sogar schneller einsatzbereit als junge Menschen, die gerade ihr Studium abgeschlossen haben und noch über keinerlei Berufserfahrung verfügen.

Manche Kollegen wenden ein, dass ein weniger starres Dienstrecht zu Vetternwirtschaft führen könnte. Ja, was haben wir denn heute?

Es gibt Bürger, die Listen sogenannter Schattenkabinette führen, also welche Mitarbeiter aus welchen Parteien welche Posten im Öffentlichen Dienst bekleiden.

Des Weiteren könnte so viel Geld bei den Anwerbungen gespart werden, denn öffentliche Anwerbungsverfahren oder Verfahren zum Verbeamten von Personal sind nicht unumstritten. Sie kosten auf der einen Seite viel Geld und sollen Neutralität gewähren, aber auf der anderen bestehen seltsamerweise oft genau die Personen die Prüfungen am besten, die man auf diesen Posten haben möchte.

So gibt es Mitarbeiter aus den Diensten, die vorhersagen können, welche Personen die besten Noten bei den Prüfungen erhalten werden und das mit einer Trefferquote von bis zu 100%. Ich habe mich lange Zeit gefragt, wie das möglich ist. Irgendwann hat mir jemand die Antwort gegeben. Fast jede Prüfung verfügt über einen mündlichen Teil und hier kann man die Note sehr individuell vergeben.

Oft ist hier im Hause die Rede von Politikverdrossenheit und wie wir ihr begegnen können. Hören wir doch einfach auf mit solcher Scheinheiligkeit. Immer schön so tun als ob.

Als ob die Bürger dies nicht merken würden! Natürlich spricht sich so etwas herum und steigert die Politikverdrossenheit und Sie wissen das!

Kommen wir zum zweiten Thema:

Mit Artikel 81 des vorliegenden Programmdekretvorschlags wird in die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft der Artikel 105.1 zu den Unterstützungshinweisen in Sachen Standortmarke Ostbelgien eingefügt. Dieser lautet wie folgt:

Fraktion im PDG V.o.G.

„Die Empfänger von Zuschüssen, die aufgrund von Dekreten, Geschäftsführungsverträgen oder Konventionen strukturell oder projektbezogen ausgezahlt werden, weisen hierbei gemäß den von der Regierung festgelegten Vorgaben auf die Unterstützung durch die Deutschsprachige Gemeinschaft hin.“

Auf meine Nachfrage während der Ausschussberatungen in Ausschuss 2 konnte die Ministerin aber noch nicht sagen, wie genau diese Hinweise aussehen würden, denn sie seien noch nicht von der Regierung verabschiedet.

Der Ministerpräsident bestätigte seinerseits auf Rückfrage eines Ausschussmitglieds in Ausschuss 1, dass in diesem Hinweis neben dem Ostbelgien-Logo auch die Bezeichnung „mit Unterstützung durch die Deutschsprachige Gemeinschaft“ stehen würde.

Das ganze wirkt auf mich etwas verwirrend, denn noch am 10. Oktober des vergangenen Jahres hat Frau Ministerin Weykmans auf eine mündliche Frage unseres Kollegen Marc Niessen in einer Kontrollsitzung zu diesem Thema u.a. folgendes geantwortet, ich zitiere:

„Das Förderzeichen muss von allen Einrichtungen verwendet werden, die eine strukturelle oder projektbezogene Finanzierung durch die Deutschsprachige Gemeinschaft erhalten. Zudem werden hierdurch Infrastrukturen, Veranstaltungen und Projekte gekennzeichnet, die mit Gemeinschaftsmitteln unterstützt werden.

Der Förderungshinweis wird in Geschäftsführungsverträgen, Jahreskonventionen, Dekreten zur Förderung von diversen Akteuren sowie in Einzelzusagen von Subsidien verlangt. Dabei ist es verboten, den Zusatz „Mit Unterstützung...“ fallen zu lassen. Hierdurch soll gewährleistet werden, dass immer klar ist, wer der Geldgeber ist, wenn Zuschüsse aus Steuermitteln fließen.

Die Regierung hat in ihrer Sitzung vom 20. Juli 2017 zwei Textbausteine zur Verwendung des Ostbelgien- Förderlogos für Geschäftsführungsverträge und Jahreskonventionen sowie die Bezuschussung von Einzelveranstaltungen verabschiedet.

Der entsprechende Textbaustein für Jahreskonventionen und Geschäftsführungsverträge lautet: „Unbeschadet aller gesetzlichen Regelungen gilt: Sämtliche Publikationen und Veröffentlichungen im Zusammenhang mit von der Deutschsprachigen Gemeinschaft geförderten Veranstaltungen und Aktivitäten sind mit dem Förderlogo Ostbelgien zu versehen. Dies betrifft Broschüren, Flyer, Einladungen, Bescheinigungen, Plakate, Anzeigen, Webseiten, Radio- und Fernsehbeiträge. Auf anderen Kommunikationsträgern ist die Platzierung des Logos optional.“

[...]

Bei Radiospots muss der Text „Mit Unterstützung der ostbelgischen Regierung“ bzw. „Mit Unterstützung des ostbelgischen Ministeriums“ verwendet werden. Ein eventuell zu verwendendes, vorgefertigtes Audiologo wird beim BRF hinterlegt. Auf die Abkürzung „DG“ ist auf allen Kommunikationsträgern zu verzichten.

In regelmäßigen Abständen muss ein Exemplar aller Veröffentlichungen in Zusammenhang mit der Veranstaltung bzw. Fotos vom Einsatz des Materials beim Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft eingereicht werden.“ (Zitat Ende)

Ich muss gestehen, dass ich damals meinen Ohren nicht getraut habe, als ich die Begriffe „ostbelgische Regierung“ und „ostbelgisches Ministerium“ vernommen hatte. Ich mußte erst das Schriftdokument nochmals nachlesen und da stand es in der Tat schwarz auf weiß. Nun habe ich vorher und nachher diese Begriffe nicht mehr gehört, so dass ich vermute, dass es sich wohl um einen Irrtum handelt. Ich bitte die Regierung, dies heute ein für alle mal klar zu stellen.

Ganz grundsätzlich möchte ich aber nochmals einiges von dem wiederholen, was ich hier zum Thema Standortmarke Ostbelgien gesagt habe.

Die Vivant-Fraktion hat von Anfang an ja zur Marke Ostbelgien gesagt, jedoch mit der Einschränkung, dass diese in einem vernünftigen Rahmen eingebettet werden soll. So macht diese im Bereich Tourismus und für Produzenten, vor allem im Nahrungsmittelbereich, durchaus Sinn. Das was die Regierung in Sachen Standortmarketing tut, ist aber alles andere als vernünftig.

Es handelt sich um eine Marketingoffensive, mit teilweise schon aggressiven Zügen, aggressiv im Sinne der Menge. Die Menschen werden regelrecht überschwemmt. Es erinnert ein wenig an den Wahlkampf der ProDG von 2014, wo ebenfalls eine Schwemme an Wahlplakaten und Wahlwerbung dieser Partei wahrzunehmen war.

Die Handschrift des Ministerpräsidenten ist in beiden Aktionen ist unschwer zu erkennen.

Fraktion im PDG V.o.G.

Mein Eindruck ist, dass die Regierung vor allem sich selber vermarkten möchte. Wer erinnert sich nicht an das Jammern einiger Politiker hier in diesem Hause. Schließlich hatte eine Umfrage ergeben, dass die meisten Bürger gar nicht wissen, was alles über die Deutschsprachige Gemeinschaft finanziert wird. Das darf in den Augen einiger aber nicht sein.

Werte Kolleginnen und Kollegen, na und, wo ist denn da das Problem? Hauptsache ist doch, dass die Bürger nützliche, sinnvolle und qualitativ hochwertige Dienstleistungen geboten bekommen und da ist in der DG noch jede Menge Luft nach oben.

Den Bürger interessiert es nicht, über welche Körperschaft das Geld kommt bzw. Dienstleistungen finanziert werden. Die Menschen wollen eine gute Betreuung in den Krankenhäusern und Seniorenheimen, gut funktionierende Schulen, eine zielgerichtet Arbeitsvermittlung beim Arbeitsamt, eine vernünftige Sportinfrastruktur, gute Straßen, einen Rettungshubschrauber, der im Notfall zur Stelle ist, und so weiter und so fort.

All das wird ja durch den Bürger bzw. die Steuerzahler finanziert. Die Deutschsprachige Gemeinschaft, genau wie alle anderen Körperschaften, verteilen diese Geld lediglich. Das sind zwei verschiedene Paar Schuhe. Das erste, also das Erarbeiten der Steuergelder, ist wesentlich anstrengender als das Verteilen. Insofern sollten Sie sich schämen, ein solches Gedöns um die Standortmarke zu machen und aufhören diese, für andere Zwecke zu mißbrauchen!

Wenn Sie, Kolleginnen und Kollegen aus Parlament und Regierung, die Bürger wirklich aufklären wollen, dann lassen Sie uns gemeinsam festlegen, dass alle Einrichtungen, die eine projektbezogene oder strukturelle Förderung über die Deutschsprachige Gemeinschaft erhalten, folgenden Satz auf Ihr Werbematerial oder auch in ihre Radiospots einbauen, nämlich: „Mit Unterstützung des belgischen Steuerzahlers!“.

Eine Gemeinschaft, die ein solches Marketing nötig hat, wie es diese Regierung heute betreibt, sollte sich Fragen stellen. In der Privatwirtschaft gilt, dass sich qualitativ hochwertige Produkte und Dienstleistungen, insofern sie in Verbindung mit einem guten Service und zu einem korrekten Preis angeboten werden, etablieren. Wer diese Voraussetzungen nicht vorweisen kann, hat die Möglichkeit mittels aggressiven Marketing einiges wett zu machen. Ist das etwa die Schiene, auf der Sie sich bewegen wollen?

Sie wissen, dass ich nicht alle Ihre Einschätzungen über Ostbelgien teile. Wie hieß es noch im Dokument zur Vorstellung der Standortmarke: „Ostbelgien vereine das beste aller Welten.“ Wie überheblich! Das passt sicher zur Haltung dieser Regierung, aber nicht zu unserer Heimat.

Fraktion im PDG V.o.G.

Ostbelgien ist, was es ist, mit Stärken und Schwächen. Aber eine solche Darstellungsoffensive hat Ostbelgien definitiv nicht nötig.

Wenn wir die Schwächen Ostbelgiens verringern und die Stärken weiter fördern wollen, dann müssen wir zu allererst unsere Arbeit verbessern und diese nur an den Bedürfnissen der Bürger ausrichten. Partei- und Machtinteressen haben da nichts verloren, sonst wird das nichts.

Nur wer wirklich frei ist, kann sich entfalten. Schaffen wir Bedingungen, die dies jedem ermöglichen. Halten wir uns selbst, Kolleginnen und Kollegen, dabei so weit wie möglich im Hintergrund. Wie sagte eine Kollegin aus diesem Hause mir vor kurzem sehr treffend: „So wichtig sind wir nicht!“

Wenn wir uns darauf einlassen, werden wir womöglich nicht im Mittelpunkt stehen. Doch unser Lohn wird die Genugtuung, das erfüllende Gefühl sein, unseren Teil dazu beigetragen zu haben, unsere Gemeinschaft auf dem Weg zu einer freien Gesellschaft ein Stück voran gebracht zu haben.

Ich Danke für Ihre Aufmerksamkeit,
Alain Mertes